



Aus dem Oder-Spree-Kreis

- Sitzung des Kreistages im Februar 2017 *Seite 4*
- Warnstreik der Busfahrer: Gegen Kälte – Wärme der Solidarität *Seite 6*



LINKES Wahlprogramm

- Offene Grenzen! Aber Wie? *Seite 8*
- Fluchtursachen bekämpfen heißt auch Rüstungsexporte stoppen *Seite 12*



Das muss drin sein.

- Nahles' Rentenreformen – zu wenig und zu langsam *Seite 13*
- Rentenniveau im freien Fall *Seite 13*

Schwestern, hört die Signale!

Der Internationale Frauentag ist auf der ganzen Welt ein wichtiger Kampftag.

DIE LINKE stellt am Frauentag 2017 den Protest gegen die unhaltbaren Zustände in den Kliniken in den Mittelpunkt. Denn die Pflege ist weiblich – 85 Prozent der Beschäftigten in der Krankenhauspflege sind Frauen. Mehr als zwei Drittel arbeiten in Teilzeit, weil sie angesichts der hohen Arbeitsbelastung einfach nicht mehr schaffen. Viel zu wenige Pflegekräfte müssen viel zu viele Patientinnen und Patienten versorgen. „Das müssen wir schnellstens ändern“, sagt Rita-Sybille Heinrich, Vorsitzende der LINKEN im Oder-Spree-Kreis. Unter den katastrophalen Arbeitsbedingungen leiden nicht nur die Beschäftigten in der Pflege. Sie schaden auch den Kranken und Angehörigen, die unhaltbare Zustände in den Kliniken auffangen müssen – und diese Angehörigen sind auch meistens die Frauen.

Bundesweit fordert DIE LINKE im Rahmen ihrer Kampagne „Das muss drin sein“ 100 000 zusätzliche Pflegekräfte für die Kliniken und unterstützt die laufenden Arbeitskämpfe für Entlastung der Beschäftigten in den Krankenhäusern. Im europäischen Vergleich ist die Arbeitsbelastung gerade in Deutschland hoch. „Eine Krankenschwester in Deutschland versorgt im Schnitt 10,3 Patienten oder Patientinnen,

in Norwegen sind es dagegen nur 3,8 pro Krankenschwester“, sagt Bernd Rie-

xinger, Vorsitzender der Partei DIE LINKE.

Aus freien Stücken sind die Kliniken offensichtlich nicht dazu bereit, genug Personal einzustellen. Deshalb fordert DIE LINKE eine gesetzlich festgelegte Personalbemessung. In Deutschland ist genug Geld für die Aufstockung der Beschäftigten vorhanden. Aber bislang fehlt der politische Wille, sie vorzunehmen. Zahlen dafür müssen die in der Pflege tätigen, nicht selten mit ihrer eigenen Gesundheit. Ausgerechnet die Beschäftigten im Gesundheitswesen gehören zu den Berufsgruppen mit den höchsten Krankständen. Umfragen zufolge gehen dreiviertel aller Pflegekräfte davon aus, dass sie bei ihrer jetzigen Arbeitsbelastung nicht bis zur Rente durchhalten werden. Wer in der Kranken- oder Altenpflege arbeitet, stirbt im Schnitt zehn Jahre früher als andere Beschäftigte.

Es ist höchste Zeit, die Lage der Beschäftigten in der Pflege zu verbessern. „Es geht um gute Arbeit statt Dauerstress, um die Anerkennung dieser wichtigen Arbeit mit den Menschen, die immer noch vor allem von Frauen geleistet wird, und letztlich um gute Gesundheitsversorgung für uns alle“, betont Rie-xinger.

DIE LINKE im Landkreis Oder-Spree wird aus Anlass des Internationalen Frauentags am 8. März rote Nelken mit der Banderole „Macht jeden Tag zum Frauentag – Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ vor Krankenhäusern im Kreis verteilen.

Alles Gute zum Internationalen Frauentag wünscht DIE LINKE Oder-Spree.



Macht jeden Tag zum Frauentag!



DIE LINKE.

Kreisverband Oder-Spree



von
Thomas Nord,
Mitglied des Bundestages, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Kontakt:
• Wahlkreisbüro:
Mühlenstraße 15,
15517 Fürstenwalde
Tel. (0 33 61) 34 26 18
Fax (0 33 61) 34 26 24
• E-Mail:
thomas.nord.ma04
@bundestag.de
• Internet:
www.thomas-nord.de

Thomas Nord kandidiert zur Bundestagswahl am 24. September als Direktkandidat der LINKEN im Wahlkreis 63 – LOS, Frankfurt (Oder).

Der Beitrag ist im Bundestagsreport 3/2017 erschienen.

Unionisierung oder Renationalisierung

Was immer es kostet

Die Folgen der globalen Finanzkrise von 2008 haben die Verletzlichkeit der Euro-Zone ans Tageslicht gebracht. Die Währungskrise von 2010 ist bis heute unbewältigt, die Debatte über einen Grexit lodert in regelmäßigen Abständen wieder auf. Lediglich die Wetten auf den Zerfall des Euro wurden 2012 durch das Statement von Mario Draghi beendet, dass er alles unternehmen würde, um den Euro zu retten, „whatever it takes“ sagte er wörtlich, was immer es kostet.

EZB kauft Schulden auf

Im Januar 2015 hat die Europäische Zentralbank (EZB) das „Quantitative Easing Programm“ (QE-Programm) begonnen und im März 2016 die monatliche Ankäufe von 60 auf 80 Milliarden pro Monat erhöht. Bis Dezember 2016 hat sie für etwa 1,6 Billionen Euro Staatsschulden aufgekauft und ist Gläubigerin der Staaten. Die zeitgleiche Nullzinspolitik der EZB entlastet die Haushalte der Mitgliedsstaaten vom Schuldendienst, weil sie hochverzinsten Krediten gegen niedrig verzinsten umschulden können. Aber es reicht dennoch nicht aus, um Fiskalpakt und Schuldenbremse in allen Staaten einzuhalten. Die Nord-Süd-Spaltung der Mitgliedsstaaten ist nicht kleiner geworden, sondern größer.

Euro unterbewertet

Ein weiterer Faktor ist die strategische Unterbewertung des Euro im Vergleich zu anderen globalen

Währungen. Aus dieser Sicht ist der Euro im Mittelwert aller beteiligten Staaten um die 20 Prozent unterbewertet. Übersetzt: Das Verhältnis von Euro zu Dollar liegt derzeit bei 1 : 1,05. Es müsste nach dieser Einschätzung bei 1 : 1,25 liegen. Für Deutschland alleine wird die Quote bis zu 50 Prozent geschätzt. Das heißt, 1 : 1,5. Der Exportüberschuss der deutschen Wirtschaft begründet sich heute maßgeblich aus dieser Situation und ist wesentlich für die stärker werdende Diskussion über Schutzzölle und daraus eventuell folgende Währungs- und Handelskrise.

Schäuble am Rande angekommen

Dabei liegt Deutschlands Anteil am weltweiten Export bei 8 Prozent, Frankreichs, der zweitgrößten Wirtschaftsnation in der EU und im Euro, bei 3 Prozent. Diese Zahlen untersetzen den Vorwurf aus Amerika, dass Deutschland die um es liegenden Länder durch die bestehende Asymmetrie systematisch ausbeute. Sie befeuern zugleich die Auseinandersetzung innerhalb der Mitgliedsstaaten von EU und Euro. Mit dem angedrohten Rückzug des IWF aus der Finanzierung der „Griechenlandhilfe“ schwelt auch ein Feuer innerhalb von CDU und CSU wieder auf, die dem 3. Paket nur unter der Bedingung der Beteiligung des IWF zugestimmt haben. Schäuble ist am Rande seiner Möglichkeiten zur Knechtung angekommen.

EZB am Ende?

Der EZB-Präsident hat Anfang Februar das erste Mal ein Kriterium für den Währungsausritt genannt, es ist die Rückzahlung der „Target Salden“. Mit dem „Trans-European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer System“ werden grenzüberschreitende Zahlungen abgewickelt. An einer negativen Bilanz kann man erkennen, das Geld aus einem Land abfließt, aus einer positiven, das Geld zufließt. Z.B. hatte Italien im Dezember ein Minus von 364 Milliarden Euro, Spanien –330 Mrd. Euro, Frankreich –35 Mrd., Niederlande einen Überschuss von 110 Mrd., Luxemburg von 170 Mrd., Deutschland rund 750 Mrd. Euro. Die De-

fizitländer müssten nach Draghi vor einem Austritt die Salden ausgleichen. Aber ist dies wirklich ein Eingeständnis, dass die EZB mit ihrem Latein am Ende ist?

Das Fieberthermometer der Euro-Krise

In einer anderen Lesart zeigt sich hier die politische Dimension des QE-Programms. Mit 1,6 Milliarden Forderungen gegenüber den Mitgliedsstaaten ist die Europäische Zentralbank keine neutrale Größe mehr. Draghi hat mit der aufgezeigten Bedingung ein neues Instrument auf den Tisch gelegt. Die aus dem QE-Programm resultierenden finanziellen Forderungen der EZB gegenüber den Mitgliedsstaaten, die monatlich um 80 Milliarden steigen, machen diese erpressbar. Die Kosten, die die EZB derzeit für den Erhalt des Euro aufwendet, können sich mit einer Kehrtwende gegen die Souveränität der Nationalstaaten richten. Die Target-Salden galten 2012 als Fieberthermometer der Euro-Krise. Durch die Begleichungsforderung als Kriterium für den Austritt aus dem Euro können sie zur Kette der EZB am Halse der Schuldnerstaaten werden.

Nationalstaaten auf der Wahlwippe

Auch aus dem wachsenden Gefühl der Bedeutung einer solchen Kette wird in vielen Mitgliedsstaaten Kritik formuliert und eine Rückkehr zu nationalen Währungen und zu nationaler Souveränität gefordert. Ein Ziehen in entgegengesetzte Richtungen führt zu einer Kraftprobe zwischen dem Ziel einer „immer engeren Union“ und dem Anspruch einer Renationalisierung. In der anstehenden Kraftprobe sind die Wahlergebnisse der Nationalstaaten Nachweis der Stärke der Kräfte. Deshalb kommt den anstehenden Wahlen im Zentrum der EU, aber auch in der Mitte der EU-Wahlperiode 2014–2019 eine Schlüsselrolle zu. Denn hier treffen die politischen Stimmungen des auseinanderdriftenden Nord- und Südeuropas mit den Wahlgängen in den Niederlanden, in Frankreich und Deutschland in kurzer Abfolge aufeinander. Ihre Ergebnisse werden zeigen, auf welche Seite sich die Wippe neigt.



Im **Bundestagsreport der Brandenburger Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE** stellen wir die aktuellen Themen der Sitzungswochen, die Positionen der Abgeordneten und ihre Aktivitäten innerhalb und außerhalb des Bundestags vor. Sie können den Bundestagsreport auf drei verschiedene Arten lesen:

- auf der Internetseite www.dielinke-brandenburg.de/parlamente/bundestag/bundestagsreport,
- aktuelle PDF-Datei oder ältere Versionen aus dem Archiv o.g. Internetseite herunterladen,
- Artikel ohne Bilder auf o.g. Internetseite herunterladen und ausdrucken.

Glückwunsch an Christoph Butterwege für ein tolles Ergebnis!

128 Stimmen – 94 von den Wahlfrauen und -männern der LINKEN und 34 von anderen. Und einen herzlichen Dank an unseren super-engagierten Kandidaten zur Bundespräsidentenwahl!



Die Gruppe der LINKEN in der Bundesversammlung dankt nach dem 1. Wahlgang im Saal der Fraktion Christoph Butterwege für sein Engagement im Wahlkampf. Foto: Frank Schwarz

Ergebnis der Bundespräsidentenwahl 12. Februar 2017:

- Frank-Walter Steinmeier, SPD (Vorschlag SPD, unterstützt von CDU/CSU, Grüne, FDP, SSW) = 74,3 %
- Christoph Butterwege, parteilos (Vorschlag DIE LINKE) = 10,2 %
- Albrecht Glaser, AfD (Vorschlag AfD) = 3,6 %
- Alexander Hold, FW (unterstützt von BVB/FW) = 2 %
- Engelbert Sonnborn, parteilos (unterstützt von Piratenpartei, mit Unterstützung von „DIE PARTEI“) = 0,8 %
- Enthaltungen = 8,2 %

Zukunft Brandenburgs

DIE LINKE geht „Neue Wege übers Land“

DIE LINKE im Landtag hat ein Positionspapier zur Entwicklung des ländlichen Raumes präsentiert.

Die meisten BrandenburgerInnen leben auch heute im ländlichen Raum. Dort haben Zentralisierungsprozesse, demografische Verschiebungen, aber auch neue Bedürfnisse und Möglichkeiten zu tiefgreifenden Veränderungen geführt. Wir benötigen zukunftstaugliche Konzepte für das Land, keine einseitigen Schrumpfungsszenarien oder Wachstumsvorstellungen – Vorschläge dazu hat die Linksfraktion jetzt in dem Papier „Neue Wege übers Land“ vorgestellt.

Wir bemühen uns darum, in allen Regionen gleichwertige Lebensverhältnisse und gerechte Chancen zu sichern, keine Gleichartigkeit! Ländliche Regionen sollen sich weiterhin voneinander un-

terscheiden, indem sie ihre unterschiedlichen natürlichen Voraussetzungen, Besonderheiten und Reichtümer als Entwicklungsressourcen einsetzen – seien dies Bodenverhältnisse, Wälder, Seen oder Zeugnisse der Geschichte und Kultur. Das Land soll attraktiv und bunt genug sein, um nachgefragte Lebens- und Arbeitsmittelpunkte für die dort lebenden Menschen zu bieten.

Wir haben als LINKE schon einiges geschafft, doch werden immer neue Herausforderungen deutlich. Unser Beitrag soll darin bestehen, die Potenziale des ländlichen Raumes zu mobilisieren und die ländlichen Regionen voranzubringen. Das Papier ist unser nächster Schritt in diesem Prozess.

Anke Schwarzenberg, MdL, Sprecherin der Fraktion für ländliche Entwicklung

Neue Wege übers Land



Neue Wege übers Land

Da sein – da bleiben – Dasein gestalten

Die meisten BrandenburgerInnen und Brandenburger leben im ländlichen Raum. Das Land prägen vor allem seine Menschen, aber auch Dörfer, kleinen Städte, Wälder, Felder und Seen. Hier werden Rohstoffe abgebaut, es gibt industrielle und landwirtschaftliche Anlagen, Landschaftsschutzgebiete, Bad- und Wanderwege sowie touristischen Ziele. Die ländlichen Strukturen und Potentiale sind vielfältig, Wandel der Agrarproduktion, globale Arbeitsteilung, Zentralisierungsprozesse, veränderte finanzielle Spielräume, demografische Verschiebungen, vor allem Überalterung und Abwanderung, aber auch neue Bedürfnisse und Möglichkeiten haben zu einer Transformation und Differenzierung des ländlichen Raumes geführt. Diese Prozesse halten weiter an. Manche Orte wurden begünstigt, andere nicht. Es gilt zu handeln und Perspektiven für alle Regionen zu entwickeln!

Die Debatte zur Zukunft des ländlichen Raumes nimmt an Fahrt auf, gesucht werden neue Funktionen, Identitäten und Leitbilder. Wir sehen darin eine Chance, tragfähige Lösungen zu finden! Umbrüche sind vielfach schon greifbar, zum Beispiel ökologische Projekte, Raumpioniere oder neue Arbeits-, Wohn- und Lebensformen. Wir benötigen innovative, nachhaltige und zukunftstaugliche Konzepte für das Land, keine einseitigen Schrumpfungsszenarien oder Wachstumsvorstellungen. Die ländlichen Räume, Dörfer und Landstädte, sind nicht an großstädtischen Normen zu messen, ihre Besonderheiten und die Lebensweisen ihrer Bewohner gilt es wertzuschätzen.

Wir wollen in allen Regionen gleichwertige Lebensverhältnisse und gerechte Chancen, keine Gleichartigkeit! Wir brauchen nachhaltige und flexible Lösungen zur Absicherung der Grundbedürfnisse, ebenso aktive und solidarische Gemeinschaften, in denen die Menschen ihre Ziele selbst setzen und ihre Zukunft selbstverantwortlich bestimmen können. Wir wollen ländliche Regionen, die sich voneinander unterscheiden, weil sie ihre unterschiedlichen natürlichen Voraussetzungen, Besonderheiten und Reichtümer als Entwicklungsressourcen einsetzen – seien dies Bodenverhältnisse, Wälder, Seen oder Zeugnisse der

1

download: www.linksfraktion-brandenburg.de



von
Dr. Artur Pech,
Vorsitzender der
Fraktion DIE LINKE
im Kreistag Oder-
Spree

Die Sitzung des Kreistages im Februar 2017

Mit dem Kreistag am 15. Februar 2017 begannen für Herrn Lindemann als frisch gewähltem Landrat die Mühen der Ebene. Er nutzte den Geschäftsbericht, um sein grundsätzliches Herangehen an die anstehenden Aufgaben darzulegen. Ein großer Teil der von ihm verkündeten Vorhaben verdient unsere Unterstützung. Wir sind jedenfalls zu einer konstruktiven und sachlichen Zusammenarbeit bereit.

Unsere Fraktion hatte im Februar zwei sehr unterschiedliche Themen auf die Tagesordnung gesetzt.

1. Flucht und Asyl im Landkreis Oder-Spree

Landauf und landab bewegt die Politik gegenüber Asylsuchenden die Gemüter. Vieles wird emotional diskutiert, die Standpunkte sind gegensätzlich und häufig nicht von Sachkenntnis getragen.

Da sich das Leben auch in diesen Fragen in den Kommunen des Landkreises abspielt, wollten wir für mehr Sachkenntnis sorgen, um die Wirkungen von großer und kleiner Politik transparent zu machen.

Dem diene eine detaillierte schriftliche Anfrage im Kreistag. Leider war in der Berichterstattung wenig zu vernehmen. Deshalb gebe ich hier einen Überblick:

Betroffene Menschen im Landkreis

Gegenwärtig sind im Landkreis 1793 Personen untergebracht. (Das ist rund 1 Prozent unserer Wohnbevölkerung.) Davon fallen 1267 Personen unter die bürokratischen

Regelungen des „Asylbewerberleistungsgesetzes“. 526 Personen unterliegen dem SGB II (besser bekannt als Hartz IV) bzw. SGB XII (Sozialhilfe).

In Gemeinschaftsunterkünften leben im Landkreis 754 Personen. In Wohnverbänden – das sind zusammengefasste Wohnungen, aus denen aus Fördergründen eine Einheit gebildet wurde – 765 Personen und in einzelnen Wohnungen 274 Personen. Der Schwerpunkt liegt also auf der individuellen Unterbringung in Wohnungen.

Der Landkreis verfügt derzeit über insgesamt 2280 Unterbringungsplätze. Davon 984 Plätze in Gemeinschaftsunterkünften, 1006 Plätze in Wohnverbänden und 290 Plätze in sonstigen Wohnungen. Diese Kapazitäten wurden im Durchschnitt zu 76 Prozent ausgelastet. Das ist der zweithöchste Auslastungsgrad im Land Brandenburg.

Sozialarbeit mit Migranten im Landkreis

Im Landkreis sind derzeit 45 Migrationssozialarbeiter tätig. Das ergibt einen Betreuungsschlüssel von 1:40, – also die doppelte Betreuungsdichte als nach dem vom Land vorgegebenen und refinanzierten Betreuungsschlüssel von 1:80. Dieser Stand resultiert aus den Zeiten, in denen es einen größeren Betreuungsbedarf gab. Hier wirken zum Teil länger laufende Verträge nach, die jetzt dem vom Land refinanzierten Schlüssel von 1:80 angepasst werden.

Diese Finanzierung durch das Land geht von der Annahme aus, dass ein Sozialarbeiter 80 Personen betreuen könnte und dass die Geflüchteten ein Jahr unterbringungsnah sozial betreut werden müssen. Die erforderliche Betreuungsdauer ist jedoch immer einzelfallabhängig. Es hängt von den individuellen Voraussetzungen ab, wie lange eine solche Betreuung notwendig ist und darf nicht nur als Finanzierungsproblem wahrgenommen

werden, denn diese Arbeit ist sehr wichtig ist, um soziale Fehlentwicklungen zu vermeiden.

Nun ist der Bund für die grundlegenden Regelungen zuständig. Aber nach dem Wechsel vieler Asylbewerber in den SGB-II-Leistungsbezug (Hartz-IV) untersagt der Bund die Finanzierung sozialer Arbeit aus Mitteln des SGB II, denn er betrachtet das als Aufgabe der Kommunen vor Ort.

Im Landkreis werden die Geflüchteten zunächst in Gemeinschaftseinrichtungen untergebracht, um sie für ein selbständiges Leben in ganz normalem Wohnraum zu ertüchtigen. Das gestaltet sich unterschiedlich – je nach entsprechenden Voraussetzungen, je nach Herkunft. Aber die Erfahrungen gehen dahin, dass man zunächst ein Jahr betreuen muss, um dann überhaupt zu verselbständigtem Wohnen in eigener Wohnung zu kommen. Ansonsten schafft man unter Umständen Konflikte mit den Umgebungsmitgliedern und allgemein der Umgebung.

Keine Abschiebungen aus dem Landkreis 2016

Im Jahr 2016 wurde keine zwangsweise Rückführung/Abschiebung vollzogen. Im Rahmen der Dublin-III-Verordnung erfolgten zwei Abschiebungen in den jeweiligen EU-Staat. Jedoch reisten im Zuständigkeitsbereich des Landkreises Oder-Spree 92 Personen vor Einleitung einer zwangsweisen Rückführung freiwillig aus der Bundesrepublik Deutschland aus. Hier gibt es eine entsprechende Beratung und ein Rückführungsmanagement, was relativ wirksam ist.

Der Landkreis Oder-Spree ist gegenwärtig gar nicht in der Lage, Abschiebungen durchzuführen. Es gibt hier keine Mitarbeiter, die eine Abschiebung durchführen könnten. Es kommt hinzu, dass das Land bis vor Kurzem noch Unterstützung leistete, sich aber jetzt daraus zurückgezogen hat, weil sie das nicht mehr leisten können.

Es ist schwierig, eine zwangsweise Rückführung so zu koordinieren, dass die betreffende Person anwesend ist, dass die Papiere in Ordnung sind, dass gegebenenfalls die Polizei verfügbar ist, dass ein entsprechendes Flugzeug/ein Flugplatz gebucht ist. Das funktioniert

Zeichnung:
Klaus Struttmann



alles nur sehr schwergängig. Damit haben ja auch andere Bundesländer/Landkreise große Probleme.

Der Landrat sprach sich dafür aus, solche Aufgaben auf die Landes- oder Bundesebene zentral zu übertragen. Nach seiner Auffassung sollen Menschen, die keine Bleibeperspektive haben, von vornherein nicht auf die Kommunen verteilt werden. Denn dann finden Integrationschritte statt. Das mache für alle Beteiligten die Sache zum Schluss sehr unangenehm, wenn nach einem Jahr dann Familien zwangsweise zurückgeführt werden müssen, wo einem die Schule entgegen tritt und sagt: Wieso wollen sie die jetzt ausweisen, die Kinder haben sich in der Schule so gut eingefügt, die bringen so gute Leistungen ... Und dann steht man als Ausländerbehörde da und muss eine fast kaum noch zu begründende Arbeit leisten. (Ich würde hier die Relativierung mit „fast kaum“ durch nicht zu begründende ersetzen.)

Große Politik

Auch Kommunalpolitik ist also direkt mit den großen politischen Kontroversen der jüngsten Zeit verbunden. Da hilft es wenig, alle Migrationsbewegungen unter dem Stichwort „Asyl“ zu behandeln. Denn ob ein Anspruch auf Asyl besteht oder nicht – und ob dann gegebenenfalls abgeschoben wird – richtet sich nach Rechtsnormen, auf die die Kommunen keinen Einfluss haben, zu deren Einhaltung und Durchsetzung sie dennoch verpflichtet sind. Und tatsächlich fallen eben nicht alle Migranten unter das Asylrecht.

Nach den Antworten des Landrates auf unsere Fragen ist zu kon-

statieren: Der Landkreis ist in den letzten 18 Monaten mit einer komplizierten Situation verantwortungsbewusst umgegangen. Das Thema wird uns jedoch in heftigen politischen Konflikten weiter begleiten.

2. Kleine Politik

Die Fraktion hatte auch die Frage der Annahmestelle des Kommunalen Wirtschaftsunternehmens Entsorgung (KWU) für Kleinmengen von Abfall in Erkner auf die Tagesordnung gesetzt (Vorlage: 016/DIE LINKE/2017). Nachdem sich die Schließung dieser Annahmestelle abzeichnete, hatte die Fraktion beantragt, den Landrat zu beauftragen, mit dem KWU Entsorgung die Beibehaltung einer Annahmestelle für Kleinmengen in Erkner zu prüfen und dem Kreistag im Juni 2017 über das Ergebnis zu berichten.

Die Annahmestelle für Kleinmengen in Erkner umfasst einen Einzugsbereich von deutlich mehr als 30000 Einwohnern.

Unabhängig von der Regelung für die gewerbliche Entsorgung sollte für die Region zwischen Schöneiche, Grünheide und Neu-Zittau eine auch von den Einwohnerinnen und Einwohnern akzeptierte Annahmestelle für Kleinmengen erhalten bleiben. Eine Verlagerung der Annahmestelle an den weniger bewohnten äußersten Rand des Entsorgungsgebietes lässt insbesondere im berlinnahen Bereich Probleme erwarten.

Der Landrat hat vor dem Kreistag die Erfüllung dieses Anliegens und einen entsprechenden Bericht bis zur nächsten ordentlichen Sit-

zung des Kreistages zugesagt. Vor diesem Hintergrund haben wir auf eine formelle Beschlussfassung verzichtet.

Zu den Eigenarten von Kommunalpolitik gehört freilich, dass Jörg Vogelsänger (SPD, Mitglied des Landtages Brandenburg, Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft, Landtagsabgeordneter, Mitglied des Kreistages Oder-Spree, Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Erkner) vor dem Kreistag sein und das Bemühen seines Bürgermeisters Jochen Kirsch (SPD) für eine Lösung zusagte. Auf einen entsprechenden Antrag der Linksfraktion in der Stadtverordnetenversammlung Erkner am 27. September 2016 hatten beide freilich noch deutlich ablehnend reagiert (siehe Randspalte).

Hoffen wir also auf ein vernünftiges Ergebnis.

12. SVV Erkner am 27.9.2016:

TOP 15.6 – Antrag der Fraktion DIE LINKE, Erhalt des Kommunalen Wirtschaftsunternehmens in Erkner – Entsorgungsunternehmen KWU. Die Stadtverordnetenversammlung Erkner lehnt mehrheitlich den Antrag der Fraktion DIE LINKE, Erhalt des Kommunalen Wirtschaftsunternehmens in Erkner – Entsorgungsunternehmen KWU, ab.

Quelle: http://www.bis.erkner.de/instanz_1/

Augenmaß bewahren

Von Volkmar Schöneburg

Der Genosse Peer Jürgens ist vom Amtsgericht Potsdam zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und zwei Monaten verurteilt worden. Die Vorwürfe lauten Betrug und Wahlfälschung. Peer soll u.a. durch falsche Angaben zu seinen Wohnorten ungerechtfertigte Zuschüsse durch den Landtag erhalten haben. Das Urteil ist jedoch noch nicht rechtskräftig. Denn die Staatsanwaltschaft und die Verteidigung haben jeweils Berufung eingelegt. Die Staatsanwaltschaft fordert eine höhere Strafe, während die Verteidigung viele Vorwürfe für unbegründet hält und deshalb einen Teilfreispruch anstrebt. Die Konsequenz ist, dass das gesamte Verfahren nochmals vor dem Landgericht Potsdam als Tatsacheninstanz aufgerollt wird. Das Ergebnis ist offen. Eine Prognose ist schwer zu treffen, da es sich weitestgehend um einen Indizienprozess handelt. Vieles hängt von der Beweiswürdigung des Gerichts ab. Aber eines ist klar: Bis zu einer rechtskräftigen Verurteilung gilt auch für Peer die strafrechtliche Unschuldsvermutung.

Natürlich bewegt der Prozess nicht nur die Genossen in LOS. Die Vorwürfe machen unsere politische Arbeit nicht einfacher. Aber wir sollten das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Denn erstens verbietet sich eine abschließende Bewertung vor Rechtskraft des Urteils. Zum anderen müssen wir uns davor hüten, Peer als Person auf den Anklagevorwurf der Staatsanwaltschaft zu reduzieren. Denn egal, ob sein juristisch bewerteter Lebensmittelpunkt nun in Beeskow oder in Potsdam lag, sein politischer Arbeitsschwerpunkt war in LOS angesiedelt. Hier hat er als Landtagsabgeordneter viel bewegt. Auch im weiteren Umgang mit dem „Fall Jürgens“ wird sich erweisen, ob wir unserer sozialen Kompetenz gerecht werden.

Presseerklärung der Fraktion DIE LINKE im Kreistag Oder-Spree

Die Linksfraktion im Kreistag Oder-Spree hat sich am 14.2.2017 mit dem Urteil im Prozess gegen Peer Jürgens befasst.

Der Vorwurf der ungerechtfertigten Bereicherung auf Kosten des Steuerzahlers hat uns sehr geschadet.

Unabhängig vom weiteren Gang des Verfahrens sind wir der Meinung, dass es weder Rechtfertigung noch Relativierung oder Entschuldigung für ein solches Verhalten gibt.

Es steht im Widerspruch zum Schwerpunkt unserer Arbeit. Wir müssen und werden unsere Anstrengungen verstärken, um unseren Wählerinnen und Wählern im Landkreis Oder-Spree die Gewissheit zu geben: Ihre Probleme sind bei den Abgeordneten der Linksfraktion im Kreistag in guten Händen!

Dr. Artur Pech,
Vorsitzender der Fraktion
DIE LINKE im Kreistag Oder-Spree

Gegen Kälte – Wärme der Solidarität

Am 14. Februar 2017 folgten die Busfahrer des Busverkehrs Oder-Spree dem Streikaufruf der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di zum Warnstreik. LINKE brachten ihre Solidarität zum Ausdruck.

von
Stephan Wende,
Vorsitzender
DIE LINKE Fürstenwalde

■ LINKE in Fürstenwalde solidarisch mit streikenden Busfahrern

Mit dem Warnstreik beim Busverkehr Oder-Spree, zu dem die Gewerkschaft ver.di aufgerufen hatte, haben sich DIE LINKE Fürstenwalde und der Bundestagsabgeordnete Thomas Nord, solidarisch erklärt.

„Wir hoffen, dass Bewegung in die Tarifverhandlungen kommt. Dass die Beschäftigten sich gezwungen sehen, mit einem Warnstreik Gehör zu verschaffen, ist ein schlechtes Zeichen für den Stand der Verhandlungen“, so Nord. „Die

Lohnforderungen sind bescheiden. Sie liegen knapp über der erwarteten Inflationsrate für 2017 und 2018. Für das Portemonnaie etwa 1,8 bis 2,0 Prozent mehr. Hinzu käme eine kleine Entlastung durch Verbesserungen bei den Urlaubsregelungen. Besonders wichtig erscheint uns eine volle Bezahlung der Wendezeiten. Das sind jene Zeiten, die FahrerInnen an den Endhaltestellen auf neue Einsätze beziehungsweise die nächste Abfahrt warten“, erklärt Thomas Nord. „Völlig inakzeptabel ist es für uns, wenn seitens der Arbeitgeber versucht wird, sogenannte Alt- und Neubeschäftigte gegeneinander auszuspielen. Das gilt ebenso auch für die Beschäftigten im Berlin- und berlinfernen Raum.“

„Wir stehen als Partei DIE LINKE solidarisch an der Seite der Beschäftigten des Brandenburger Nahverkehrs. Das Streikrecht, als Mittel zum Kampf für bessere Arbeitsbedingungen, ist ein Grundrecht. Wir werben daher auch für Verständnis und Solidarität mit den Beschäftigten im Nahverkehr, bei allen die von dem Warnstreik betroffen sind. Der Land-

kreis Oder-Spree als Miteigentümer des BOS sollten eine Vorreiterrolle bei der Entwicklung guter Arbeitsbedingungen einnehmen.“ ergänzt Stephan Wende, Vorsitzender der LINKEN in Fürstenwalde und Mitglied des Kreistages Oder-Spree.

„Das jährliche Lohngefälle auf Kosten der Kunden und der Beschäftigten im Busverkehr zeigt deutlich: Privat betreiben ist nicht immer besser. Ich erneuere die Forderung der LINKEN, den Busverkehr zu rekommunalisieren und in die Verantwortung des Landkreises zu überführen.“

Der Busverkehr Oder-Spree, der mehrheitlich der Bahn-AG gehört, „handelt nicht im Interesse der Beschäftigten und der Kundinnen und Kunden. Das Desinteresse für deren Belange in der Geschäftsleitung ist höchstärgerlich! ... Ich erwarte, dass der Landrat hier endlich eine klare Haltung zeigt und sich für die Beschäftigten stark macht! Sie sind die Leistungsträger eines bedarfsgerechten Busverkehrs in unserer Region. Das ist automatisch die beste Vertretung der Interessen der Bürgerinnen und Bürger in Oder-Spree.“ so Stephan Wende.



Foto: Fritjof Bastian

von
Dr. Elvira Strauß,
Vorsitzende der
Fraktion DIE LINKE
in der SVV Erkner

■ LINKE Erkner besucht streikende Busfahrer

Es ist bitterkalt. Vor dem Busdepot der Busgesellschaft Oder-Spree (BOS) in der Erkneraner Rudolf-Breitscheid-Straße stehen Männer

um eine Tonne mit brennendem Kaminholz. Sie stehen hier seit 3.30 Uhr, ihrem Schichtbeginn als Busfahrer. Es ist Warnstreik bis 9 Uhr. Er soll die laufenden Tarifverhandlungen stützen. Von den Arbeitgebern fordern die Busfahrer bessere Arbeitsbedingungen und mehr Lohn.

Die Fraktion der LINKEN im Stadtparlament von Erkner solidarisiert sich mit den Kollegen. 45 Minuten frieren wir gemeinsam. Schnell entwickelt sich ein interessantes Gespräch. „Wir kommen manchmal um 4 Uhr morgens zum Depot, fahren den Schülerverkehr, haben dann ein paar Stunden unbezahlte Pause und fahren am Nachmittag weiter. Zwischendurch nach Hause fahren lohnt bei vie-

len Kollegen nicht. Damit sind sie bis zu 14 Stunden auf Arbeit. Das ist gesundheitsschädlich und familienunfreundlich“, berichtet Herr Turnbacher, Busfahrer aus Erkner. Die Arbeitgeber möchten in der Tarifrunde erreichen, dass diese 14 Stunden jetzt als verpflichtende, planbare Arbeitszeit definiert, die langen Pausen, wie jetzt auch, nicht bezahlt werden. Die unterste Lohngruppe soll wegfallen, damit es mehr Anreize zum Einstieg als Busfahrer gibt, aber für die Kollegen, die schon eingestellt sind, wird es kaum Verbesserungen geben, wenn es nur nach den Arbeitgebern geht. „An meinem Standort, hier in Erkner ist das Durchschnittsalter der Kollegen bei 46 Jahren“, sagt Herr Kelch, Standortleiter in



Foto: Jürgen Strauß

Erkner, und macht sich Sorgen um die Zukunft des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Von den LINKEN will er wissen, wie sie es mit dieser Form der Daseinsvorsorge halten.

Verantwortungsvolle Tätigkeit muss gerecht entlohnt werden, meinen wir. Das wird von den Tarifpartnern verhandelt. Bund, Land und Kreis müssen die Grundlagen für den ÖPNV schaffen. Schnell ist das Gespräch dann auch bei den direkten Problemen in Erkner, die wir mitbestimmen wollen.

Die Stadt braucht den ÖPNV für die Einwohner, Pendler und Touristen. Der RE1 und die S-Bahn sind gut. Sie bringen die Menschen nach Erkner. Hier entsteht ein Bruch. Der ÖPNV muss ab hier durch ein Nadelöhr, das kennen alle Einwohner. In den Spitzenzeiten ist die Stadt durch den Individualverkehr dicht. Ein effektiver ÖPNV, mit bedarfsgerechten Fahrzeiten, Stadtbussen auch in den Abendstunden, RE1-An-

schlussbussen nach Grünheide und Hangelberg könnten vielen Pendlern helfen, ihren PKW stehen zu lassen. Damit könnte der Parkplatz am Bahnhof entlastet werden. „Schwierig ist das Ausfahren von diesem Platz, denn die Sicht ist eingeschränkt. Das wilde Parken behindert uns zusätzlich. Auch der geplante Umbau des P+R-Platzes wird da sicher nicht viel Abhilfe schaffen“, meint die Runde der Fahrer. Wenn alle Bushaltestellen so wären, wie die der BVG in der Berliner Straße, wäre es toll, aber leider sorgt die Stadt nicht für den plangerechten Bau ihrer Haltestellen, wie z.B. vor dem City-Center. „Hier kann man nicht gerade anfahren, dass auch die Oma mit Rollator gut einsteigen kann“, bemängelt ein Kollege.

Die Fraktion DIE LINKE verspricht, sich weiterhin für die effektive Gestaltung des ÖPNV einzusetzen, wünscht den Busfahrern viel Erfolg bei den Tarifverhandlungen und hofft, dass die Kollegen

in der nächsten Woche nicht wieder in der Kälte Streikposten stehen müssen.

NACHRICHT

Mehr Geld für Busfahrer/innen in Brandenburg

15. Februar 2013 | Nach mehreren Warnstreiks konnte ver.di für die 3000 Beschäftigten des Brandenburger Nahverkehrs einen Tarifabschluss durchsetzen. Sie erhalten jetzt rückwirkend ab Januar dieses Jahres 4,5 Prozent mehr Geld, am 1. Januar 2014 folgt eine Gehaltserhöhung um 1,5 Prozent, ein halbes Jahr später steigt das Einkommen um weitere 1,5 Prozent. Auszubildende bekommen bis zu 15 Prozent mehr, abhängig vom Ausbildungsjahr. Die wöchentliche Arbeitszeit von Neubeschäftigten sinkt von 39,5 auf 39 Stunden und wird damit der Arbeitszeit der schon länger im Unternehmen Beschäftigten angepasst. Der neue Vertrag läuft über zwei Jahre. „Er ist hart erkämpft worden“, sagte ver.di-Verhandlungsführer Jens Gröger. Es sei ein tragfähiger Kompromiss, auch wenn ver.di große Zugeständnisse machen musste. ver.di hatte Lohnsteigerungen im Gesamtumfang von 10 Prozent bei einer einjährigen Laufzeit gefordert.

Quelle: www.verdi.de/themen/nachrichten/++co++c53b3b14-775e-11e2-9591-52540059119e

Städtische Finanzplanung in Fürstenwalde

Die Fraktion DIE LINKE diskutierte den städtischen Haushalt

Am 11. Februar 2017 lud die Fraktion DIE LINKE im Rahmen der Beratungen des städtischen Haushaltes interessierte Bürger und Vertreter von Vereinen, Einrichtungen und Institutionen der Stadt zur Haushaltswerkstatt ein.

Vier Stunden lang diskutierten diese das städtische Zahlenwerk. „Der Haushalt zeigt sehr klar auf: Fürstenwalde hat kein Ausgaben-, sondern ein Einnahmenproblem. Für die Liquiditätssicherung wird immer mehr der Kassenkredit in Anspruch genommen“, so Stephan Wende, Fraktionsvorsitzender der LINKEN in der Stadtverordnetenversammlung. In der jetzigen Situation muss es darum gehen „die Belastung durch die Kredittilgung deutlich zu reduzieren und die Rückzahlung zeitlich zu strecken. Gleichzeitig gehört zur nachhaltigen Finanzplanung dazu, über Einnahmenerhöhungen nachzudenken.“ Auch in Fürstenwalde wird deutlich, dass „trotz sprudelnder Steuereinnahmen auf Bundesseite die Kommunen meist leer ausgehen. Bund und Länder sind hier gefordert, den Kommunen deut-

lich mehr Mittel zur Verfügung zu stellen“, so der Bundestagsabgeordnete Thomas Nord zu der Diskussion.

DIE LINKE in Fürstenwalde wird sich auch für Veränderungen im Haushalt aussprechen. So soll die GefAS für ihre Begegnungsstätte ebenso finanziell unterstützt werden wie auch für ihr Integrationsprojekt „Café Begegnung“. „Es muss Schluss sein mit dem Ausspielen einzelner Träger untereinander. Wo Unterstützungs- und Hilfsangebote gebraucht und gewollt sind, müssen diese finanziert werden. Egal ob der Fachbereich den Träger mag oder nicht“, so Wende. Dazu gehört auch die Schaffung von Quartiers- und Bildungsmanagement in sozial schwierigen Stadtteilen. „Diskutiert wird seit langem darüber, der Haushalt jedoch bietet bisher keine Lösung. Das ist ein Armutszeugnis.“

Auch künftig sollen nach Auffassung der LINKEN Investitionen in der Stadt gefördert werden. „Wir werden und wir wollen von der Entwicklung in der Region, zum Beispiel vom Flughafen BER, pro-

fitieren. Dafür muss die Stadt jetzt fit gemacht werden. Das heißt, die Schaffung moderner Wohnstrukturen und bester Bildungsangebote hat hohe Priorität“, so Wende.

Unverständnis äußerten die Teilnehmer auch darüber, dass die Abweichung zwischen den Plan- und Istzahlen immer gravierender wird. „Warum die Zahlen des aktuellen Jahresabschlusses nicht Basis des Planentwurfes sind, sondern die Fortschreibung von falschen Annahmen, verstehen wir nicht wirklich. Haushaltsklarheit und -wahrheit geht anders“, so Wende.

Völlig offen ist, wie die Verwaltung auf Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung mit dem Haushalt reagieren möchte. „Keine Aussagen zur Radverkehrskonzeption und deren Umsetzung. Keine finanzielle Untersetzung zur Umsetzung der Klimaschutzkonzeption und auch die beschlossenen 15000 Euro für die Förderung von Kleinstprojekten für die Biodiversität fehlen konsequent zum zweiten Mal. So darf nicht mit Entscheidungen der Stadtverordneten umgegangen werden“, so Wende.



von
Stephan Wende,
 Vorsitzender DIE
 LINKE Fürstenwalde
 und der Fraktion
 DIE LINKE in der
 Stadtverordneten-
 versammlung Fürs-
 tenwalde, Mitglied
 des Kreistages Oder-
 Spree

von
Dr. Artur Pech,
Schöneiche, Par-
teitagsdelegierter
der LINKEN Oder-
Spree, Mitglied des
Präsidiums des Bun-
desausschusses der
Partei DIE LINKE

Offene Grenzen! Aber Wie?

Ein Beitrag zur Debatte um das Wahlprogramm der LINKEN

Es ist nicht ausreichend, sich in der Forderung nach offenen Grenzen einzurichten, ohne die Frage zu beantworten: Was ist gemeint? Wie soll es erreicht werden?

Es ist nicht ausreichend, für ein Bundestagswahlprogramm mit dem Horizont einer Wahlperiode Passagen des Parteiprogramms abzuschreiben. Es muss schon gesagt werden, welche konkreten Schritte zum erklärten Ziel in der Wahlperiode unternommen werden sollen.

Aber nicht nur das. Es ist zu klären, mit welchen Problemen dabei zu rechnen ist und wie mit ihnen umgegangen werden soll.

Zwischen der Verabschiedung des Erfurter Programms (aktuelles Wahlprogramm der Partei DIE LINKE, *Red.*) und den Bundestagswahlen ist gerade auf diesem Gebiet einiges passiert. Mindestens sollte mit zehntausenden Menschen an den Grenzen der Europäischen Union (EU) die Illusion gestorben sein, Grenzen würden eine immer geringere und letztlich gar keine Rolle mehr spielen.

Wann sind Grenzen offen? Wenn es keine Grenzkontrollen gibt? Wenn es kein Grenzregime gibt? Wenn es Visafreiheit gibt? Sind Freihandelsabkommen auch eine Form der Grenzöffnung? Gibt es gar einen Zusammenhang zwischen der Ablehnung von Freihandelsabkommen – die ja der Vorstellung von einem Leben in schützenden Grenzen folgt – und der Forderung nach offenen Grenzen?

Die Antwort beginnt mit der Frage: Sind Staatsgrenzen, ist das Grenzregime nur eine verzichtbare (böswillige?) Erfindung oder notwendiges Produkt und Mittel der Gestaltung (Beherrschung) gesellschaftlicher Verhältnisse?

Ist die Forderung nach offenen Grenzen die Forderung nach Abschaffung eines jeglichen Grenzregimes oder „nur“ nach einem anderen System von Rechten, Maßnahmen und Normen, die die Ordnung der Einreise, des Aufenthalts und des Verkehrs regeln?

Kann bei der Festlegung und Durchsetzung des Grenzregimes der „freie Wille“ walten oder gibt es Faktoren, denen bei seiner Ausgestaltung Rechnung zu tragen ist?

Staat und Grenzen

Es gibt keinen Staat ohne Grenzen. Ohne ein Staatsgebiet, ein Staatsvolk und eine Staatsgewalt gibt es keinen Staat. Und damit hat der Staat auch (unter Beachtung der Normen des Völkerrechts) die Ordnung an seinen Grenzen und für den Verkehr über diese Grenzen zu regeln.

Die EU ist über viele Jahre dem Ansatz gefolgt, die restriktiven Seiten des Grenzregime zwischen ihren Mitgliedern fortschreitend an die gemeinsame Außengrenze zu verlagern.

Offene Grenzen innerhalb der EU und freie Wahl des Aufenthalts ihrer Bürger unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit gehörten im Schengen-Europa zusammen. Die verschiedenfarbigen Regierungen der BRD haben diese Entwicklung entschieden vorangetrieben. Sie hat die Starken stärker und die Schwachen wehrloser gemacht. Wer das für eine Politik der „offenen Grenzen“ hält, muss mindestens drei ihrer Effekte ins Auge sehen:

- Erstens wurde im Zuge dieser Entwicklung das Grenzregime an der gemeinsamen Außengrenze immer brutaler. Ihre wohl erschütternden Bilder zeigen einen toten syrischen Junge am griechischen Strand und blutverschmierte Kleiderfetzen am NATO-Draht der spanischen Grenzzäune um Ceuta und Melilla.

- Zweitens fielen mit dem freien Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital („vier Freiheiten“) innerhalb der EU auch die Schutzwirkungen nationaler Grenzen. Das eine war mit dem anderen zu bezahlen. Der Spielraum für nationale Politik in diesen Bereichen wurde damit immer mehr eingeschränkt. Auch das kann für gut befunden werden. Für die Folgen steht dann aber auch die Erdrosselung des in einem Volksentscheid bekundeten Willens einer Mehrheit des griechischen Volkes.

- Und drittens schließlich wurden und werden in wesentlichen Bereichen auch innerhalb der EU die nationalen Grenzen beibehalten. Es gibt kein einheitliches Sozialsystem und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeit-

geberverbände (BDA) meint: Arbeitnehmerfreizügigkeit bedeute gerade nicht, dass man sich den Ort aussuchen darf, an dem man Sozial(hilfe)leistungen bezieht. In dieser Beziehung sollen nach der Auffassung der Herrschenden die Grenzen dicht bleiben.

Objektive Faktoren

Wer nun linke Forderung nach offenen Grenzen aufmacht, der kann nicht auf der abstrakten Ebene stehen bleiben. Schon innerhalb der EU gibt es erhebliche Unterschiede, die sich nicht wegbeschießen lassen. Nach den Zahlen für 2015 betrug das durchschnittliche Bruttosozialprodukt in der EU 28 700 €, in der BRD waren es 37 100 €, aber in Polen als unserem unmittelbaren Nachbarn nur 11 100 €. Bevor über uns kam, was viele heute „Flüchtlingskrise“ nennen, war folgerichtig an der Grenze zwischen der BRD und Polen „Grenzkriminalität“ ein auch öffentlich wahrgenommenes viel diskutiertes Problem.

Aktuell geht es um andere Fragen (auch wenn das alte Thema nie so richtig weg war).

Nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) erstreckte sich weltweit die Bandbreite für das kaufkraftbereinigte Bruttoinlandsprodukt pro Kopf 2013 von 98 814 \$ bis zu 542 \$ im Jahr. Gerade in Zeiten weltweiter Kommunikation und wachsender technischer Möglichkeiten für die Migration können solche Verhältnisse nicht ohne Wirkung bleiben.

Welche Interessen dominieren?

Damit stellt sich die Frage, welche Interessen auf die Regulierung der aus dieser gewaltigen Bandbreite unvermeidlich entspringenden Spannungen durch das Grenzregime wirken und wie mit ihnen umzugehen ist. Kann ein ersatzloser Verzicht auf jegliche Regulierung unter den gegebenen Bedingungen eine realistische Option sein?

DIE LINKE darf der CDU und ihrer Bundeskanzlerin die moralische Verklärung einer durch und durch interessengeleiteten Politik nicht durchgehen lassen.

Wie viele soziale Grausamkeiten wurden in den zurückliegenden Jahren mit dem Gespenst einer demographischen Katastrophe, der Überalterung und des Bevölkerungsrückgangs gerechtfertigt? Selbst Regierungen anderer EU-Staaten sahen deutsche Entscheidungen zur Einreisepolitik vor diesem Hintergrund. Dabei haben diese Entscheidungen tatsächlich zeitweise zu einem Kontrollverlust an den Grenzen geführt. So klagte der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft in der Bundespolizei in einem Brief an Angela Merkel: „Die Bundespolizei ist gegenwärtig nicht in der Lage, den ihr obliegenden Auftrag der Gefahrenabwehr und der Strafverfolgung an der deutsch-österreichischen Grenze in der gesetzlich gebotenen Weise wahrzunehmen ... Da die Bundespolizei mehrheitlich nicht weiß und auch nachträglich nicht erfährt, wer über Österreich nach Deutschland einreist, wird jede polizeiliche Auswertung, jede Aufdeckung von Schleuserstrukturen oder das Sammeln von Hinweisen auf Ausnutzung der Flüchtlingsströme durch Terrorkommandos vereitelt.“ Das nennt man Kontrollverlust.

Nach den innenpolitischen Verwerfungen, die auch davon beeinflusst waren, bescheinigte sich nun die Bundesregierung in ihrem jüngsten Demographiebericht die Wirksamkeit ihrer Politik: „Die de-

mografische Lage in Deutschland hat sich in jüngster Zeit verändert. Dazu beigetragen hat vor allem das Migrationsgeschehen der letzten zwei Jahre ... Ob Deutschlands Einwohnerzahl bis 2060 zurückgehen wird, ist aus bevölkerungswissenschaftlicher Sicht somit noch offen.“

Das ist die Verabschiedung von den Grundlagen einer Darstellung, die uns in den zurückliegenden Jahren immer wieder präsentiert wurde. Und ein Schelm, wer bei diesen 300 000 an die von der CSU geforderte Obergrenze denkt.

Es ist auch nicht hilfreich, wie erst in den letzten Tagen mit tendenziös verkürzten Zitaten zum Zwecke der Skandalisierung nicht genehmer Auffassungen praktiziert, jegliche legale oder illegale Migration durch die Brille des Asylrechts zu betrachten. Unter anderem, weil das Asylrecht eben gerade keinen Schutz für aus wirtschaftlicher Not erwachsende Migration hergibt.

Wer nun in einem auf die Dauer einer Wahlperiode des Bundestages zielenden Programm die LINKE-Forderung nach offenen Grenzen aufmacht, der kann nicht auf der abstrakten Ebene stehen bleiben. Vielmehr sind ganz konkrete Schritte zu bestimmen, damit eine solche Politik nicht wieder in ein vorhersehbares Desaster führt.

Da muss DIE LINKE nicht über abstruse Obergrenzen diskutieren,

sondern darstellen, welche Kapazitäten sie in der Bundesrepublik Deutschland für die Aufnahme von Menschen vorhalten will und wer das bezahlen soll:

- Wie viele Wohnungen?
- Wie viele Arbeitsplätze?
- Wie lassen sich Massenunterkünfte vermeiden?
- Was ist unter den Bedingungen des realen Kapitalismus möglich, um zu verhindern, dass Migrantinnen und Migranten als Druckmittel gegen soziale Forderungen Einheimischer missbraucht werden?

Davon wird doch bestimmt, wie viele Menschen ohne politische und soziale Verwerfungen im Lande aufgenommen werden können, wie offen also Grenzen sein können. Da ist Voluntarismus gefährlich.

Zur Zeit ist es doch so, dass die Entlastung gerade der Kommunen, die Räumung der zur Unterbringung Geflüchteter genutzten Turnhallen und Vieles mehr ganz wesentlich Folge des Deals mit der Türkei und der rasant gewachsenen Zahl der Toten im Mittelmeer ist. Dagegen anzutreten verlangt eine Politik, mit der die Annäherung an offene Grenzen weder kurz- noch langfristig zu Kontrollverlusten und zur Verschärfung von Konflikten im Lande führt.

NACHRICHT

Daniel Kurth und Hans-Jürgen Scharfenberg zur Verwaltungsstrukturreform

Für Gespräche mit Volksinitiative rechtliche Fragen klären

Potsdam. Die Volksinitiative „Bürger-nähe erhalten – Kreisreform stoppen“ wird in den Landtagsgremien beraten. Zunächst befasst sich der Hauptausschuss damit, anschließend der Innenausschuss und binnen vier Monaten das Plenum. Zum weiteren Umgang mit der Volksinitiative erklären der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Daniel Kurth und der innenpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE, Hans-Jürgen Scharfenberg: „Wir erkennen den politischen Erfolg der Volksinitiative in der ersten Stufe an. Zugleich begrüßen wir die erklärte Bereitschaft der Initiatoren, die Verwaltungsstrukturen in Brandenburg zu reformieren. Die Koalitionsfraktionen sind sehr daran interessiert, über den besten Weg zu einer modernen, bürgernahen und

leistungsfähigen öffentlichen Verwaltung in allen Regionen des Landes mit denen zu sprechen, die Vorschläge dazu haben oder unterbreiten wollen. Ein kategorisches Nein, wie es im Text der Volksinitiative formuliert ist, bietet aus unserer Sicht keine geeignete Voraussetzung dafür. Eine rechtliche Würdigung der Volksinitiative ist Voraussetzung, um die Bewertung des Landtags auf eine solide Grundlage zu stellen und die von uns angestrebten Gespräche mit den Initiatoren zu ermöglichen.

Wir schlagen deshalb vor, dass der Hauptausschuss in seiner Sitzung den Chef der Staatskanzlei um eine Bewertung des Beschlusstextes der Volksinitiative bittet. Zugleich sollte aus unserer Sicht der Innenausschuss des Landtags bereits vor dem Abschluss

der Förmlichkeitsprüfung durch den Landeswahlleiter mit der inhaltlichen Beratung über die Volksinitiative beginnen, um die Zeit bis zur Plenumsbefassung so gut wie möglich zu nutzen.“

Hintergrund zur Zulässigkeitsprüfung – Volksabstimmungsgesetz § 9 (6): „Der Hauptausschuss beschließt nach Vorliegen des Prüfungsergebnisses des Landesabstimmungsleiters über das Vorliegen der förmlichen Voraussetzungen nach § 6 und die Zulässigkeit der Volksinitiative nach § 5. Er überweist zulässige Volksinitiativen an den zuständigen Ausschuss. Den Vertretern der Volksinitiative ist der Beschluss durch den Präsidenten des Landtages bekanntzugeben. Den Abgeordneten ist darüber Mitteilung zu machen.“

Präsident der Französischen Republik ehrt Bürger des Landes Brandenburg



Günter Pappenheim, 1943 bis 1945 namenlos Häftling des KZ Buchenwald, Nr. 22514

Foto: Gerhard Hoffmann

Am 27. Januar 2017 überreichte der Botschafter der Französischen Republik in Deutschland, Philippe Étienne, in Erfurt an den ehemaligen Häftling des Konzentrationslagers Buchenwald, Günter Pappenheim aus Zeuthen, die Insignien eines „Kommandeurs der Ehrenlegion“.

Die ranghöchste staatliche Auszeichnung Frankreichs erfolgte auf Erlass des Präsidenten der Französischen Republik.

Gewürdigt wird damit das lebenslange völkerverbindende Engagement des einundneunzigjährigen Antifaschisten, der Vorsitzender der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora, Erster Vizepräsident des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos sowie Mitglied des Ehrenpräsidiums der Fédération Internati-

onale des Résistants (FIR) ist. In Ansprachen des Präsidenten des Thüringer Landtages, Christian Carius, und des Ministers und Chefs der Staatskanzlei im Freistaat Thüringen, Benjamin Immanuel Hoff, wurde die hohe Wertschätzung der Zivilcourage und des Mutes im Widerstands gegen das Naziregime des Ausgezeichneten hervorgehoben. In seinen Dankesworten un-

terstrich Günter Pappenheim, dass für ihn „... Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ... und die Errichtung einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ...“, wie es im Schwur von Buchenwald heißt, Kompass in seinem Leben war und dass es notwendig sei, in diesem Sinne weiter zu handeln.

Lagerarbeitsgemeinschaft
Buchenwald-Dora e. V.

DOKUMENTIERT

Potsdam, 10.02.2017

Lieber Genosse Günter Pappenheim,

ich möchte Dir, auch im Namen des gesamten Landesvorstands und Landesverbands, zu der hohen Auszeichnung „Kommandeur der Ehrenlegion“ durch den Französischen Botschafter Philippe Etienne am 27. Januar in Erfurt gratulieren. Wir sind stolz, dass ein Mitglied unseres Landesverbands für sein lebenslanges völkerverbindendes, antifaschistisches Engagement und für Zivilcourage und Mut ausgezeichnet wurde. Lieber Günter, gerade in Zeiten wie diesen macht Dein Beispiel Mut und ist ein Vorbild für viele junge Menschen, die Gesicht zeigen gegen rechte Hetze, die Geflüchtete unterstützen und auf die Straße gehen, wenn in diesem Land Flüchtlingsheime brennen und Nazis marschieren. Außerdem möchten wir uns bei Dir entschuldigen, dass Du erst jetzt von uns hörst, wir wurden erst durch einen Genossen auf Deine Auszeichnung aufmerksam gemacht.

Wir wünschen Dir von Herzen viel Gesundheit, Zufriedenheit und viel Kraft bei Deinem weiteren Wirken.

Herzliche und antifaschistische Grüße,

Christian Görke, Landesvorsitzender DIE LINKE Brandenburg

von Klaus Ernst, MdB, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE

Entwertung von Arbeit gemeinsam stoppen

„Wer die Ausweitung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes fordert, muss auch die Zumutbarkeitsregelungen entschärfen. Denn über diese werden arbeitslos gewordene Beschäftigte in geringer qualifizierte und schlechter bezahlte Arbeit gezwungen“, kommentiert Klaus Ernst, stellvertretender Vorsitzen-

der der Fraktion DIE LINKE, die Forderung des SPD-Kanzlerkandidaten Martin Schulz, die Spanne der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I neu zu regeln zu. Ernst weiter:

„Die Zumutbarkeit ist zu verbessern: Der Qualifikationsschutz muss gewahrt und die Höhe des vorherigen Arbeitsentgeltes besser berücksichtigt werden. Tariflöhne beziehungsweise vergleichbare Entlohnungen dürfen in keinem Fall unterschritten werden. Die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung und ein stärkerer Kündigungsschutz für diejenigen, die einen Betriebsrat gründen wollen, sind ebenso richtig wie die Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes. Es ist absolut inakzeptabel, Beschäftigte nach jahrzehntelangen Beitragszahlungen in die Arbeitslosenversicherung schon nach kürzester Zeit in

das entwürdigende Hartz-System abzuschieben. Dass der Kanzlerkandidat der SPD diese sozialen Verwerfungen der Agenda 2010 korrigieren will, begrüßt DIE LINKE ausdrücklich.

DIE LINKE wird hierzu in einem Antrag im Bundestag vorschlagen, dass bei einer Beschäftigungsdauer bis 24 Monate gestaffelt Ansprüche auf bis zu 12 Monate Arbeitslosengeld entstehen. Jedes weitere Jahr der Beitragszahlung begründet einen Anspruch auf einen zusätzlichen Monat Arbeitslosengeld. Unser Antrag ist ein Glücksfall für die SPD, denn sie erhält damit die Chance, sich im Bundestag entsprechend den Forderungen ihres Kanzlerkandidaten zu verhalten. Das wäre ein wichtiges Signal, um die Menschen in unserem Land davon zu überzeugen, dass die SPD ihren Kanzlerkandidaten unterstützt.“

Zeichnung: Klaus Struttmann





von René Lindenau,
Cottbus

Film(Nach)Betrachtung

Gewissen in Aufruhr

Es gibt Dinge, die drängen sich immer wieder auf. Dazu gehören bestimmte Ereignisse in unserem Leben oder dem unserer Vorfahren. Aber auch ein Buch oder ein Film, die sich mitunter tief in das Gedächtnis eingraben und prägend für das künftige Handeln sind – es jedenfalls so sein sollten:

Wie beim fünfteiligen DDR-Spielfilm „Gewissen in Aufruhr“, der 1961 das Licht der Filmwelt erblickte. In Hauptrollen, dem Ehepaar Petershagen, waren die bekannten Schauspieler Erwin Geschonneck und Inge Keller zu sehen. Schon die beiden im filmischen Miteinander zu erleben, ist bis heute ein Genuss.

Sei uns die dem Film zugrunde liegende Handlung in Erinnerung gerufen.

Der Protagonist von „Gewissen in Aufruhr“ beginnt sein „Spiel“ als Oberst der Wehrmacht in der Hölle Stalingrads, eingekesselt mit der 6. Armee des General Paulus. Er selbst entkam dem Kessel als Verwundeter noch mit einer der letzten Maschinen. Ob während der Kampfhandlungen an der Wolga, Erlebnisse bei seinem Urlaub daheim, Begegnungen im Lazarett mit einem SS-Offizier – das ließ den Oberst zunehmend über Sinn und Unsinn dieses Krieges nachdenken. Auch dass sein einstiger Fahrer und Mitbewohner in seinem Wohnhaus sich zum Nationalkomitee „Freies Deutschland“ abgesetzt hatte, musste er erleben. Als er 1945 als „Kampfkommandant“ seiner Heimatstadt Greifswald eingesetzt wurde, ging er angesichts der Aussichtslosigkeit der Lage daran, eine kampflöse Übergabe der Stadt an Rote Armee vorzubereiten. Denn was und wofür lohnte es sich zu kämpfen. Die Bürger der Stadt dankten es ihm und machten ihn zehn Jahre später zu ihrem Ehrenbürger, während die (ohn)mächtigen Uniformträger ihn in Abwesenheit zum Tode verurteilten.

Dann folgte der Gang in die sowjetische Kriegsgefangenschaft. Hier musste er viel Ausgrenzung und Hämie durch seine vermeintlich früheren Kameraden erfahren. Petershagen machten sie die Übergabe Greifswalds an die Rote Armee und seine inzwischen sehr kri-

tische Haltung zum vergangenen Krieg zum Vorwurf. Doch auch das, selbst einen Mordanschlag jenes SS-Offiziers aus dem Lazarett, auf den er später noch einmal treffen sollte, sollte er überstehen.

Dem folgte ein kurzes „verwaltungstechnisches“ Zwischenspiel. Das sozialistische Aufbauwerk konnte beginnen – der frühere Wehrmachtsoberst als Kreisrat der Insel Usedom. Doch als Petershagen einer Einladung von alten Kameraden folgend 1950 auf „Westreise“ ging, verfängt er sich in einem Netz aus Intrigen westlicher Geheimdienste. Als es ihnen nicht gelang, den DDR-Bürger, auch mit schäbigen Erpressungsversuchen für ihre mindestens genauso schäbigen Ziele, einer Wiederbewaffnung Westdeutschlands, einzuspannen, da hängte man ihm eine fingierte Anklage wegen Menschenraubs an den Hals. Nach einem Prozess lautete das Urteil: sechs Jahre Zuchthaus in der „freien Welt“. Und wieder war er eingesperrt, erneut lange getrennt von seiner Frau. Aber was strafverschärfend auf Petershagen wirken musste, war sicher, dass man ihn mit einer Reihe von Wehrmachtsgenerälen und SS-Schergen in das Kriegsverbrechergefängnis Landsberg schickte. Bezeichnend für das neue Denken der Adenauerrepublik: Die zu Kriegsverbrechen verurteilten hohen Herren von Wehrmacht und SS durften das Gefängnis eher verlassen, als derjenige, der letztlich von Ihregleichen in den letzten Kriegstagen noch zum Tode verurteilt wurde. Und der schon erwähnte SS-Offizier aus einem Lazarett, der stand eines Tages als Mitarbeiter des bayerischen Justizministeriums in Landsberg vor seiner Zellentür.

Nur wegen seiner schlechten Gesundheit hatte der Spuk von Landsberg drei Jahre vor Ablauf der ursprünglichen Haftdauer ein Ende.

Die letzte Szene zeigt die Petershagens. Er geht durch die damals noch offen Grenze am Brandenburger Tor auf sie zu, sie rennt auf ihn zu, und ihm in seine Arme – wiedervereint!

Schließlich nach Hause gefahren werden sie vom damaligen Fahrer des Obersten, da selbst nun

General der bewaffneten Organe der DDR.

Inzwischen ist die DDR jedoch auch Geschichte, deren Ende er – Rudolf Petershagen – aufgrund seines Todes 1969 nicht erleben musste. Er wäre nur Zeuge weiterer trauriger, teils verbrecherischer Kapitel mehr, in seinem ohnehin schon von harten Prüfungen durchzogenen Leben geworden. Dann noch ein Land begleiten müssen, das bedingt durch das Vertun von Chancen und dem Verbauen von Möglichkeiten – vor der Geschichte wieder nur ein Urteil zuließ: Untergang!

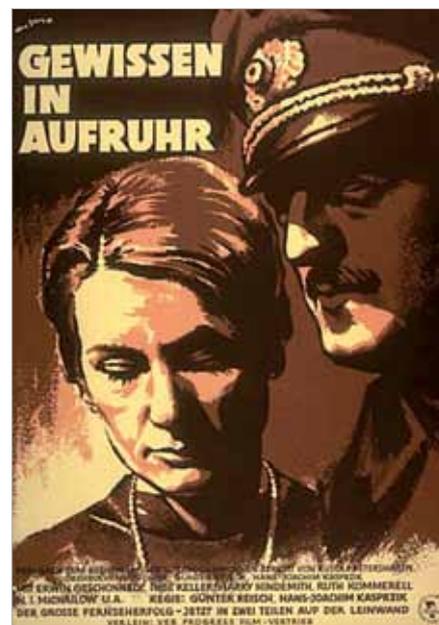
Wieviel kann ein Menschenleben davon aushalten, wann ist genug?

Das Film-Ehepaar Peterhagen, Geschonneck/Keller, konnte dem jedenfalls nicht entinnen, das für die „graue DDR“ 1989/90 die letzte Klappe fiel: Sie starben 2008 und 2017.

Doch wozu mahnt ein solcher Film seine Zuschauer noch heute?

Kadavergehorsam, Geheimdienste, Kriege sind schlecht, um nicht das andere Wort mit SCH... zu gebrauchen. Der einzige Unterschied mag ihr Klassenauftrag (gewesen) sein, das macht sie aber nicht besser. Also weg damit! Ein Hoch auf die Courage, aber Krieg den Geheimdiensten und Krieg dem Kriege!

Ferner macht er deutlich, wer mit Blindheit durch die Geschichte geht, ist dumm dran. Er läuft Gefahr, die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen. Auch hierfür könnte diese DEFA-Serie stehen: Verstehen wir sie als dauerhaften Aufruf aufrührerisch zu sein, wenn Geschichtsvergessenheit und Geschichtsklitterung Einzug in den öffentlich Diskurs halten wollen.



Neben den DVDs, die im Handel wieder erhältlich sind, können die fünf Filme auf youtube im Internet kostenlos angesehen werden:

- 1. Teil: www.youtube.com/watch?v=YafTCYKQ9Fs
- 2. Teil: www.youtube.com/watch?v=gZTTDGR8PSc
- 3. Teil: www.youtube.com/watch?v=ACv18RLYSIE
- 4. Teil: www.youtube.com/watch?v=G5Wtp-LHU1w
- 5. Teil: www.youtube.com/watch?v=6ebzRx7dpBU

Wir trauern um Maria Meinl

■ Eine ganz Große hat uns verlassen



Die kleine Maria Meinl kennt jeder in der Stadt. Immer aktiv, immer unterwegs. Selbst in den letzten Monaten, in denen sie so sehr gegen ihre schwere Krankheit ankämpfen musste, war sie mit ihrem Rollator in der Stadt zu treffen. Maria Meinl war immer da und immer überall. Sie war es, die die Stadt zu Fuß erlief und daraus ihr

Wissen um Zustände und Umstände zog. Ständig „auf Achse“ und somit bestens informiert für ihr großes Ehrenamt: Stadtverordnete der LINKEN zu sein. Dafür wurde sie auch mit dem Goldenen Raben der Stadt geehrt. Fraktionsübergreifend. Geachtet und anerkannt. Diese Ehrung war auch eine Anerkennung ihrer Lebensleistung vor und nach 1989. Die Anerkennung für einen sehr persönlichen und oft auch schmerzhaften Prozess der Selbstbefragung, -überprüfung und

auch Korrektur von Positionen und Meinungen, die einmal „unverrückbar“ erschienen. Und dies immer öffentlich, immer in der ersten Reihe – auch immer anfeindbar. Wie im November 1989, als sie als einzige der SED-Kreisleitung vor dem Dom sich den Menschen, ihren Fragen und ihrem Zorn stellte. Das hat ihr Achtung eingebracht. Mancher Mann hatte nicht den Mut dieser kleinen Frau. Sie war eine durch und durch politische Frau und stand konsequent zu ihrem Leben, auch dem als Sekretär für Agitation und Propaganda der SED-Kreisleitung.

Maria war eine immer auf Ausgleich bedachte Frau. Sie suchte keinen Streit; Streit war ihr fremd und tat ihr körperlich weh. Eher war sie harmoniesüchtig. Doch Ungerechtigkeiten machten sie wütend. Sie kämpfte ihr Leben lang für Gerechtigkeit, für eine Welt in Frieden und Solidarität! Deshalb engagierte sie sich bis zuletzt für den Solidaritätsdienst SODI und seine Hilfsprojekte für die Kinder aus der durch die Katastrophe von Tschernobyl am stärksten verstrahlten Zone in Weissrussland.

Viele Jahre kümmerte sie sich um Charlotte Fenske, eine der letzten Verfolgten des Naziregimes unserer Stadt. Mit ihr verband Maria mehr als nur eine tiefe Freundschaft. Sie hatte Hochachtung vor dieser kleinen Frau, die den Nazis so mutig entgegentrat. Als Mitbegründerin der Fürstenwalder Plattform gegen Rechts war Maria gerade auch für viele junge Fürstenwalder als welt-offene, tolerante und auf Integration von Minderheiten bedachte Mitstreiterin ein Vorbild.

Jeder gesundheitliche Rückschlag machte Maria stärker statt schwächer. Ein Vorbild in ihrer - trotz sächsischer Wurzeln - eher preußischen Selbstdisziplin, gerade sich selbst gegenüber. Doch zum Ende hin versagten auch ihre Kräfte. Sie hat losgelassen und verstarb in der Nacht zum 4. Februar friedlich nach langem Kampf gegen den Krebs.

Maria, du lebst in unseren Herzen und Erinnerungen fort.

*Stephan Wende, Vorsitzender
DIE LINKE Fürstenwalde
Foto: Stephan Wende*

NACHRICHT

Fluchtursachen bekämpfen heißt auch Rüstungsexporte stoppen

Inge Höger, abrüstungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, kommentiert den aktuellen Bericht des Friedensforschungsinstitutes SIPRI, dass Deutschland der weltweit fünftgrößte Rüstungsexporteur ist.

Es ist unerträglich:

Immer mehr deutsche Rüstungsgüter kommen in immer neuen Krisenregionen zum Einsatz und erzeugen neue Fluchtursachen.

Dass deutsche Rüstungsunternehmen weiterhin Waffen an die Regierung Saudi-Arabiens liefern dürfen, die sie dann im Krieg in Jemen einsetzt, ist nur ein Beispiel für die unmenschlichen Folgen dieser Politik. Rüstungsexporte sollten generell verboten werden – denn jede Waffe findet ihren Krieg.

Erste Schritte zu so einem Verbot wären ein Exportstopp an Krisenländer sowie die genaue Markierung der Waffen, so dass eine Kontrolle über den Endverbrauch möglich wird.

■ Sie gab solidarische Hilfe den Kindern des weissrussischen Dorfes Sokolowka

Nikolai Ostrowski:

Wie der Stahl gehärtet wurde

„Das Wertvollste, was der Mensch besitzt, ist das Leben. Es wird ihm nur einmal gegeben, und er muss es so nützen, daß ihn sinnlos verbrachte Jahre nicht qualvoll gereuen, die Schande einer kleinlichen, inhaltslosen Vergangenheit ihn nicht bedrückt und daß er sterbend sagen kann: Mein ganzes Leben, meine ganze Kraft habe ich dem Herrlichsten in der Welt – dem Kampf für die Befreiung der Menschheit – geweiht. Und er muß sich beileben, zu leben. Denn eine dumme Krankheit oder irgendein tragischer Zufall kann dem Leben jäh ein Ende setzen.“

In meinem Leben habe ich sehr wenige Menschen kennen gelernt, die so wie Maria Meinl, Wort und Tat bis zum letzten Tag als Einheit vorgelebt haben. Der Tod von Maria ist für mich persönlich, aber

vor allem für unsere SODI-Gruppe Eisenhüttenstadt-LOS ein großer Verlust. In ihrem Wirken an unserer Seite lebte sie den Einsatz für Frieden, Freundschaft und Solidarität vor. Maria war eine verlässliche, einsatzbereite, aufmerksame, freundliche, hilfsbereite, tapfere Frau.

Mit der Würdigung des Wirkens von Maria Meinl anlässlich des 30. Jahrestages der Katastrophe von Tschernobyl durch den Bürgermeister der Stadt Fürstenwalde, Herrn Hans-Ulrich Hengst, wurden diese Eigenschaften verdientermaßen ausdrücklich unterstrichen. Maria Meinl bleibt unseren SODI-Mitgliedern Vorbild. Wir werden ihr Vermächtnis in Ehren halten und weiter erfüllen.

*Hagen Weinberg
Sprecher der SODI-Gruppe
Eisenhüttenstadt-LOS*

Hitzige Diskussion in Storkow

Nachtrag vom Monat Januar

„Ursachen für das Erstarken des Terrorismus. Sind die geplanten Maßnahmen der Bundesrepublik geeignet Attentate zu verhindern?“ – Das Thema der Januar-Mitgliederversammlung der Basisorganisation DIE LINKE in Storkow – ein Bericht.

Begonnen wurde die Diskussion nach einem kleinen Einführungsvortrag. Eingangs verständigten wir uns, was Terrorismus ist und Terroristen sind. Zum Beispiel wurden im 2. Weltkrieg die Partisanen, die für ihr Land kämpften, von den Deutschen Faschisten Hecken-schützen genannt. Es wurden die hoch komplexen Ursachen für das Erstarken des aktuellen Terrorismus herausgearbeitet, u. a. sozial-ökonomische Probleme, die Kriege im Nahen Osten und in Afghanistan – vor allem die Rolle der USA dabei, die finanzielle Unterstützung z. B. durch Saudi Arabien und das Erstarken des Islamismus in Westeuropa.

Breiten Raum nahm die neue Qualität der Entwicklung des Terrorismus ein, wie die zunehmende Ausnutzung und Rekrutierung von „Abgehängten“ der Gesellschaft, das Operieren von einem Territorium aus (besetzte Gebiete des „Islamischen Staaten“ – IS), große finanzielle Unterstützung von Staaten (Saudi Arabien, USA, EU und durch Verkauf von Erdöl), hohe fachliche und geheimdienstliche Arbeitsweise zur Vorbereitung und Durchführung von Attentaten, hohe Propagandafähigkeit, sowie eine hohe personelle und militär-technische Ausstattung.

Erinnert wurde an Gregor Gysis Rede im Bundestag vor dem Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan, in der er darauf verwies, das wir mit diesem Einsatz den Terrorismus zu uns holen werden. Leider hat sich dies bestätigt.

Eine sehr hitzige Diskussion entstand, als ein Genosse die Meinung vertrat, dass man doch nicht für alles die USA und den IS verantwortlich machen kann. Denn viele Attentate werden von Islamisten verübt, die in Westeuropa aufgewachsen sind. Auch die Maßnahmen der Regierung, Attentate zu

verhindern, wurden heftig diskutiert. Hier zeigte sich, dass es eine gewisse Annäherung zu Maßnahmen gibt, die die Bundesregierung durch die Medien verbreitet. Zustimmung gab es u. a. zur schnellen Ausweisung von „Gefährdern“, die Videoüberwachung zu verschärfen, Fußfesseln verstärkt zu nutzen sowie die Koordinierung der Geheimdienste und Polizei zu verbessern. Letztendlich gab es aber eine große Zustimmung, dass, wenn die Ursachen erkannt wurden, dies der Ansatz sein muss, Maßnahmen zu ergreifen, um wirksam Terrorismus und damit Attentate zu verhindern.

Die Diskussion zeigte mir zwei Schwerpunkte. Erstens müssen wir unsere Genossen mehr befähigen, den historisch-dialektischen Materialismus wieder bei der Analyse gesellschaftlicher Prozesse in den Vordergrund zu stellen sowie zweitens Aussagen in den Medien kritisch zu betrachten und öfter zu hinterfragen. Kritik wurde geäußert, dass Spitzenpolitiker der LINKEN oft sich widersprechende Aussagen zu Lösungsvorschlägen der Terrorismusbekämpfung treffen.

Insgesamt zeigte die Diskussion die berechtigte Angst vor Attentaten und die große Besorgnis der Genossen vor einem neuen Krieg.

Leider mussten wir nach fast zwei Stunden Diskussion zum Ende kommen. Es war eine der heftigsten Diskussionen, die ich in Storkow erlebt habe. Wir werden dieses Thema auf jeden Fall weiter diskutieren.

Wenn andere Basisorganisationen Interesse haben, sich mit diesem Thema zu beschäftigen, biete ich dazu einen kleinen Einführungsvortrag an.

*Uwe Tippelt,
 Vorsitzender der Basisorganisation
 DIE LINKE Storkow,
 Mitglied des Kreisvorstandes Oder-
 Spree, Verantwortlicher für Politische
 Bildung*

*Kontakt:
 uwe.tippelt@dielinke-oder-spree.de*

NACHRICHT AUS DEM BUNDESTAG

■ Rentenniveau im freien Fall

Im Jahr 2015 waren 20,8 Prozent aller Menschen über 55 von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht, 2006 waren es noch 18,2 Prozent. Dies geht aus aktuellen den Daten des Europäischen Statistikamts Eurostat hervor. Dazu erklärt der Frankfurter Bundestagsabgeordnete Thomas Nord:

„Eine verlässliche Rentenpolitik muss sich an dem Ziel messen lassen, den erarbeiteten Lebensstandard zu sichern, sowie Armut im Alter zu vermeiden. Es ist Zeit für einen grundlegenden Kurswechsel in der Rentenpolitik. Es ist Zeit für eine Solidarische Rentenversicherung.“

Durch die zunehmenden Armut Älterer, spiegelt sich die gesamte Problemlage im Bereich Arbeit und Soziales wieder. Ursachen sind in meinen Augen ein hoher Anteil von Niedriglöhnen am deutschen Arbeitsmarkt, die hohe Erwerbslosigkeit von Älteren und die daraus resultierenden Armutsrenten. Dies ist ein blamables Ergebnis für die Bundesregierung. Weil sich das Rentenniveau auf politischen Beschluss im freien Fall befindet und Altersarmut zur realen Gefahr von Millionen Versicherten und Rentnerinnen und Rentnern geworden ist. Desweiteren ist die Große Koalition nicht in der Lage, sich auf ein Konzept zur Stärkung der gesetzlichen Rente zu einigen.

Ich fordere eine Wiederanhebung des Rentenniveaus auf 53 Prozent – so wie es im Jahr 2000 war. Niemand soll im Alter von weniger als 1 050 Euro netto leben müssen. Darum fordere ich eine Solidarische Mindestrente.“

■ Nahles' Rentenreformen – zu wenig und zu langsam

„Die Reform der Erwerbsminderungsrente ist vom Ansatz her richtig, greift aber viel zu kurz. Was die Koalition künftigen Erwerbsminderungsrentnerinnen und -rentnern anbietet, ist viel zu wenig. Wer heute schon eine Erwerbsminderungsrente bezieht, geht sogar komplett leer aus. Die Angleichung der Ostrenten in sage und schreibe sieben Schritten vorzunehmen, ist eine Verhöhnung der Betroffenen. Das dauert viel zu lange“, kommentiert Dietmar Bartsch, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, die rentenpolitischen Beschlüsse des Bundeskabinetts.

Bartsch weiter: „Die ostdeutschen Rentnerinnen und Rentner werden von Union und SPD bis Juli 2025 vertröstet, während die ostdeutschen Beschäftigten durch den Wegfall der Umrechnung bald drastische reale Kürzungen werden hinnehmen müssen. Es darf nicht dazu kommen, dass künftige Rentnerinnen und Rentner im Osten für die katastrophale Lohnentwicklung bestraft werden. Nach wie vor liegen die Löhne und Gehälter von sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten dort im Schnitt 24 Prozent unter denen im Westen. Deshalb fordern wir eine sofortige Angleichung der Rentenwerte und ein Festhalten an der Umrechnung der ostdeutschen Löhne – bis wir endlich gleichwertige Lebensverhältnisse hergestellt haben.“

Matthias W. Birkwald, rentenpolitischer Sprecher der Fraktion, ergänzt: „Die durchschnittliche volle Erwerbsminderungsrente liegt heute bei 717 Euro, der anerkannte Grundsicherungsbedarf der Betroffenen jedoch bei 769 Euro. Im kommenden Jahr bekommen Neurentnerinnen und -rentner gerade einmal 4,50 Euro mehr. Erst im Jahr 2025 werden 50 Euro mehr im Monat erreicht und selbst dann werden die Wenigsten real davon profitieren. Die große Mehrheit der zukünftigen kranken Rentnerinnen und Rentner wird weiter auf die Grundsicherung angewiesen bleiben und von dem Geld nichts sehen, während die heutigen komplett leer ausgehen. DIE LINKE fordert deshalb die Abschaffung der Abschläge von durchschnittlich 85 Euro, und zwar auch für die heutigen Rentnerinnen und Rentner. Dann wären die Erwerbsminderungsrenten zwar immer noch nicht armutsfest, aber viele Betroffene wären nicht mehr auf die Grundsicherung angewiesen.“

Veranstaltungstermine der LINKEN

■ 11. März, 15 Uhr, Fürstenwalde, Glasfoyer des Alten Rathauses: „Erlesenes – Gelesenes“. Die Männer der Stadtfraktion DIE LINKE und der Bundestagsabgeordnete Thomas Nord laden zur Lesung im Rahmen der Brandenburger Frauenwoche ein: Satirische, leicht frivole, heitere Texte von Robert Gernhardt, Gerhard Gundermann, Christian Morgenstern, Stefan Heym, Eugen Roth, Wilhelm Busch ... gebracht. Da bleibt kein Auge trocken und dank des ausgeschenkten Rotweins auch keine Kehle. Der Eintritt ist frei.

■ 4. März, 17 Uhr, Burg Beeskow, Frankfurter Straße 23, Vergabe des Helmut-Preißler-Preises durch Volkmar Schöneburg ver gibt den Preis an einen Teilnehmer der offenen Schreibwerkstatt Beeskow.

■ 9. März, 20 Uhr, Filmtheater Union-Fürstenwalde, Berliner Straße 10, Film „Mietrebellen“, Veranstalter Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg in Fürstenwalde, ermäßigter Eintritt

■ 8. März, Internationaler Frauentag, gesamtes Kreisgebiet Oder-Spree, Mitglieder und Sympathisanten der LINKEN ehren die Frauen mit Blumen und bei Veranstaltungen (siehe auch auf Seite 1 „Schwestern hört die Signale“).

■ 14. März, 18 Uhr, Filmtheater Union-Fürstenwalde, Berliner Straße 10, Frauentags-Filmvorführung „Eine unerhörte Frau“, Volkmar Schöneburg und Thomas Nord laden zur kostenlosen Frauentags-Filmvorführung ein.

■ 8. März, 18 Uhr, Kino Movie-land Erkner, Friedrichstraße 58, Frauentags-Filmvorführung „Die Friseurin“, Veranstalter DIE LINKE Erkner, Gosen-Neu Zittau, Eintritt frei

■ 24. März, 16 Uhr, Bibliothek Beeskow, Mauerstraße 28, Frühlingsempfang der LINKEN in Oder-Spree

■ 26. März, Potsdam, Kongresshotel, Landesparteitag DIE LINKE Brandenburg (www.parteitag.dielinke-brandenburg.de)

Herzlichen Glückwunsch

zum Geburtstag im März 2017



2. 3. Ursula Peschel	Beeskow, OT Oegeln	75 J.
6. 3. Erich Kunath	Bad Saarow	87 J.
7. 3. Katrin König	Storkow	50 J.
9. 3. Peter Hochmuth	Woltersdorf	83 J.
13. 3. Gerda Nißle	Bad Saarow	82 J.
15. 3. Klaus Bülow	Eisenhüttenstadt	84 J.
15. 3. Ursula Schulze	Rüdersdorf	85 J.
15. 3. Siegfried Uhlig	Eisenhüttenstadt	85 J.
17. 3. Dr. Erwin Stabenow	Bad Saarow	84 J.
18. 3. Dagmar Rahne	Schöneiche	75 J.
19. 3. Oskar Fischer	Schöneiche	94 J.
19. 3. Dr. Wolfgang Lange	Rietz-Neuendorf, OT Görzig	85 J.
19. 3. Uwe Schwagerick	Schlaubetal, OT Bremsdorf	55 J.
21. 3. Inge Fritzsche	Eisenhüttenstadt	85 J.
25. 3. Hildegard Richter	Neuzelle	82 J.
26. 3. Annemarie Czwalinna	Friedland, OT Zeust	86 J.
27. 3. Kurt Neumann	Jacobsdorf, OT Pillgram	83 J.
29. 3. Achim Klingner	Storkow	85 J.
29. 3. Peter Lindig	Bad Saarow	84 J.
31. 3. Dr. Günter Feldmann	Tauche	80 J.

DIE LINKE Oder-Spree

■ Kreisgeschäftsstelle
Mühlenstraße 15 • 15517 Fürstenwalde
Telefon (0 33 61) 3 30 69 • Fax (0 33 61) 34 26 24
E-Mail: kontakt@dielinke-oder-spree.de
geöffnet: Mo. 10–12 u. 13–16 Uhr, Di. 10–12 u. 15–16 Uhr
Do. 10–12 Uhr, u. nach telefonischer Vereinbarung
Kasse: Do. 10–12 Uhr

■ Gebietsgeschäftsstelle Beeskow
Bahnhofstraße 29 • 15848 Beeskow
Telefon: (0 33 66) 2 02 02
E-Mail: kontakt@linke-beeskow.de
geöffnet: Di. 10–12 Uhr, Do. 14–16 Uhr

■ Gebietsgeschäftsstelle Eisenhüttenstadt
Lindenallee 30 (Rotes Café) • 15890 Eisenhüttenstadt
Telefon: (0 33 64) 4 42 51
E-Mail: dielinke-ehst@t-online.de
geöffnet: Mo. und Do. 15–18 Uhr

www.dielinke-oder-spree.de

Alles öffentlich im Kreistag LOS

DIE LINKE-Fraktion im Kreistag Oder-Spree

Öffentl. Fraktionssitzung: 7. 3., 21. 3., genauen Zeitpunkt und Ort bitte in der Fraktionsgeschäftsstelle erfragen

Fraktionsgeschäftsstelle: Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde
Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24

Sitzungen im März 2017

■ Werksausschuss für den Eigenbetrieb KWU	1. 3., 17.30 Uhr, Fürstenwalde, Karl-Marx-Str. 11/12, KWU, Beratungsraum
■ Unterausschuss Jugendhilfeplanung	2. 3., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
■ Jugendhilfeausschuss	2. 2., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
■ Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport	7. 3., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
■ Ausschuss für Bauen, Umwelt und Verkehr	8. 3., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
■ Jugendhilfeausschuss	9. 3., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
■ Ausschuss f. Haushalt u. Finanzen	13. 3., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
■ Kreisausschuss	15. 3., 17.30 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7

Tagesordnungen und konkrete Versammlungsorte in Kreisverwaltung erfragen oder der Internetseite des Kreistages www.landkreis-oder-spree.de entnehmen.

Kreistag Oder-Spree

9. 3., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstraße 7, Landratsamt, Haus B, Atrium
29. 3., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstraße 7, Landratsamt, Haus B, Atrium

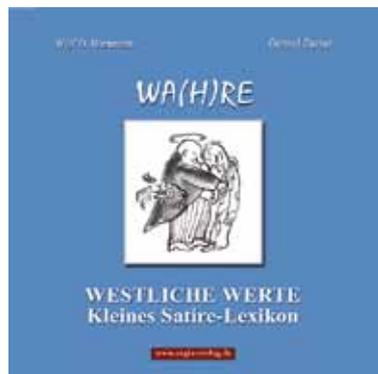
IMPRESSUM:

Herausgeber: Arbeitsgruppe „WIDERSPRUCH“ im Kreisverband DIE LINKE Oder-Spree, Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde, Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24, E-Mail: kontakt@dielinke-oder-spree.de
Redaktion: Peter Hochmuth (V.i.S.d.P.), Tel. (0 33 62) 55 96, Fax 88 87 68, E-Mail: p-w-hochmuth@t-online.de; Jürgen Strauß, Tel./Fax (0 33 62) 5 747 0 03, E-Mail: Elvira_strauss@web.de
Erscheinung: monatlich (11 x jährlich), Redaktionsschluss: 20. Tag des Vormonats; Auflage: 2.500
Satz: Heinz Schneider, 15537 Erkner, E-Mail: Schneider.Satz@t-online.de
Druck: Buch- und Offsetdruckerei Häuser KG, Venloer Straße 1271, 50829 Köln
„WIDERSPRUCH“ wird aus Leserspenden finanziert (Herstellungskosten pro Ausgabe durchschnittlich 0,58 €, im Jahr 7 €). Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen oder redaktionell zu überarbeiten. Nicht redaktionelle Artikel geben nicht immer die Auffassung der Redaktion wieder. Alle Leser werden gebeten, Spenden unter dem Stichwort „WIDERSPRUCH“ auf das Konto IBAN: DE22170550503410533965, BIC: WELADEDILOS bei der Sparkasse Oder-Spree, auf Spendenlisten der Partei DIE LINKE Kreisverband Oder-Spree oder in der Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE (Mühlenstr. 15, 15517 Fürstenwalde) einzuzahlen. Höhere Spenden sind immer willkommen.

WA(H)RE WESTLICHE WERTE

Kleines Satire-Lexikon

Wolf D. Hartmann, Gertrud Zucker



Wissen Sie, was wahre westliche Werte wert sind? Hier erfahren Sie es von A wie Aufklärung bis Z wie Zivilcourage. Unsere Werte umfassen mehr als Waren und Wertpapiere. Vielfach werden aber gerade Werte unter Wert gehandelt. Wo wahre Werte verkauft werden, geht die Zukunft verloren. Wolf D. Hartmann und Gertrud Zucker legen unsere Werte mit einem lächelnden und einem tränenden Auge in Wort und Bild offen.

REGIA-Verlag Cottbus, 1. Auflage (6. Februar 2017), 72 Seiten
 ISBN-10: 3869293640, ISBN-13: 978-3869293646, Preis: 10,00 €

Der nebenstehende Beitrag „Umweltschutz“ ist diesem Büchlein entnommen.

Auszug aus dem Buch „WA(H)RE WESTLICHE WERTE“:



Was ökologische Fragen betrifft, fühlt sich der Westen dem Rest der Welt seit Verbreitung des neuen Begriffes „Umweltschutz“ vor rund 50 Jahren haushoch überlegen. Die davor liegende Zeit der rücksichtslosen Industrialisierung und Umweltzerstörung über mehr als zwei Jahrhunderte mal außen vorgelassen. Da haben nur die Förster über Nachhaltigkeit gegrübelt, weil weder Bäume noch Gras schneller wachsen, wenn man dran zieht.

Mit großem Stolz wurden und werden heutzutage immer neue Slogans für eine nachhaltig zukunftsfähige Entwicklung populär, die den Kunden mit Öko- und Biosiegeln inzwischen ratlos machen. Skeptiker fragen sich inzwischen, ob es sich eher um Ökotricks und Bioschwindel im Marketing handelt als wirklichen Umweltschutz?

Aber da empören sich die Hüter unserer Werte besonders, denn gerade der Umweltschutz steht ihrer Meinung nach dem Profitstreben in kaum etwas nach, auch wenn zugegebenermaßen viele Umweltgüter, allen voran saubere schadstofffreie Luft, gar keinen Preis haben.

Die erwischten Motorentwickler von Volkswagen und anderen Auto-Konzernen einmal ausgenommen, hat sich auf dem Gebiet des Umwelt- und Klimaschutzes nun wirklich viel getan, wie man nicht nur am lange Zeit strittigen und durchgesetzten Dosenpfand sehen kann.

Chinesen mit einem Mundschutz vor der Nase fühlen und riechen Smog und Klimaveränderungen natürlich deutlicher, aber fahren dennoch lieber westliche Autos.

Bei nüchterner Betrachtung fast aller ökologischen Neuerungen muss man allerdings zugestehen, dass sie meist nur durch staatlichen Druck, durch neue Gesetze und Verordnungen entstanden, vom Katalysator im Auto bis hin zur energiesparenden Glühlampe.

Im Übrigen geht die gnadenlose Zerstörung von Lebensräumen weltweit auch im Westen weiter und befürchten viele, die Erde verlassen zu müssen, obwohl wir gar keine zweite haben.



Zucker-Kasten





von
Thomas Nord
 Mitglied des Bundestages, Fraktion DIE LINKE, kandidiert zur Bundestagswahl am 24. September als Direktkandidat der LINKEN im Wahlkreis 63 – LOS, Frankfurt (Oder)

Zwischen Reaktion und Revolution

Der junge Karl Marx und wir heute

Anfang März ist ein abendfüllender Film über das Leben des jungen Karl Marx in den Kinos angelaufen, der die gesellschaftlichen und politischen Umstände seiner Zeit wieder lebendig werden lässt. Es ist eine Zeit, die zwischen monarchischer Reaktion und demokratischer Revolution hin- und herschwankt. Der Film erinnert uns daran, dass es Zeiten gibt, in denen man nicht nur zuschauen kann.

Karl Marx hat von 1836 bis 1841 in Berlin Rechtswissenschaften und Philosophie studiert. In dieser Zeit wurde er mit dem Kreis der Junghegelianer bekannt. Im Jahr 1841 promovierte Marx, durch seine radikale politische Haltung blieb ihm jedoch die Universitätslaufbahn versagt. Seit 1842 entwickelte er aus der Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie die Grundrisse der politischen Ökonomie.

Im gleichen Jahr wurde er Chefredakteur der „Rheinischen Zeitung für Politik, Handel und Gewerbe“. An dieser Stelle setzt die Handlung des Films ein. Er traf das erste Mal auf Friedrich Engels, in seinen Augen zunächst ein bourgeoiser Unternehmersohn. Die „Rheinische

Zeitung“ wurde 1843 zensiert. Karl Marx ging mit seiner Frau Jenny ins Pariser Exil. Hier schließt er seine gedankliche Entwicklungsarbeit ab. Aus der Kritik der Hegelschen Rechts- und Staatsphilosophie war der unversöhnliche Gegensatz von Kapital und Arbeit geworden.

Auf Betreiben der preußischen Regierung wurde er 1845 aus Frankreich ausgewiesen. Er ging nach London, wohin der politische Arm Berlins nicht reichte und gab seine Staatsbürgerschaft auf. Am Beginn des Jahres 1848 haben Marx und Engels das Kommunistische Manifest veröffentlicht. Hier endet der Film, aber nicht die Weltgeschichte.

Vor 100 Jahren kam es in Rußland zur Oktoberrevolution und die Bolschewiki errichteten die Sowjetmacht. Am Beginn der 1990er Jahre scheiterte ein politischer Weg, der sich nach Marx „Diktatur des Proletariats“ nannte und in eine klassenlose Gesellschaft führen sollte. Die UdSSR, die DDR, der Staatssozialismus und der Kalte Krieg traten ihren Weg in die Geschichtsbücher an. Die USA waren die verbliebene Supermacht, das Ende der Geschichte wurde verkündet und eine „New World Order“ proklamiert, in der der Kapitalismus weltweit ausgedehnt werden sollte. Der damalige Sozialminister der CDU, Norbert Blüm, sagte in seiner rheinischen Frohnatur: „Marx ist tot, Jesus lebt.“

Heute ist das Scheitern der Offensive des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus offensichtlich. Sie ist in eine Phase des Rückzugs und der Abschottung umgeschlagen. Auch die Europäische Union ist instabil. Das Vereinigte Königreich hat 2016 für den Austritt gestimmt. In nahezu sämtlichen Mitgliedsstaaten der EU gibt es politische Kräfte, die uns ein Roll-Back in die Nation, auf das Volk und die kulturelle Restauration des Vaterlandes schmackhaft machen wollen.

Marx fokussierte sein Denken auf die Betrachtung von ökonomischen Prozessen, die die Industrialisierung mit sich brachte. Die Welt war im Wandel, die Dampfmaschine trieb ihn unerbittlich voran. Die Landbevölkerung verlor ihren Halt und zog in die sich gerade herausbildenden Städte. In London sah

Marx die Verelendung der Arbeiter im schon entwickelten, aber noch frühkapitalistischen Zustand. Seine Schlussfolgerung: Die Ausgebeuteten, Unterdrückten und Entrechteten müssen sich als politische Gruppe formieren, als Arbeiterklasse, die für ihre Rechte kämpft. Dies nicht im nationalen, sondern im internationalen Rahmen. Der Internationalismus ist das Äquivalent der Kapitalseite, nicht die abgeschlossene Nation.

Heute treibt nicht mehr die Dampfmaschine, sondern der Computer die Vernetzung des menschlichen Bewusstseins und seiner Aktivitäten auf globalem Niveau voran. Sie bringt neue Formen des Reichtums und der Armut mit sich. In ihr werden neue Forderungen von Partizipation und Gleichstellung gestellt. Neue Wanderebewegungen finden statt. Die alte Welt steht ein weiteres Mal vor einer gewaltigen Herausforderung und schwankt wieder zwischen Reaktion und Fortschritt.

Schon seit einigen Jahren wächst wieder das ideengeschichtliche Interesse an den Büchern von Marx und Engels. In ihnen ist die dialektische Methode enthalten, mit der Marx und Engels ein auch heute noch hilfreiches und kluges Instrument zur gedanklichen Orientierung zur Verfügung stellen. Aber auch die Idee einer klassenlosen Gesellschaft gewinnt nach einem Vierteljahrhundert real existierendem Neoliberalismus gerade bei Jugendlichen erneut an Attraktivität. Bei allen Veränderungen, die dem digitalen Fortschritt vor allem in den Bereichen Arbeit und Kommunikation folgen – in einem Punkt ist der Kampf um soziale Gerechtigkeit wie zu Zeiten des jungen Marx gleich geblieben:

Ohne starke Organisationen wird es nicht geben. Ohne Verankerung in der Gesellschaft wird es nicht geben. Ohne Verankerung in außerparlamentarischen Bewegungen wird es nicht geben. Ohne starke Vertretung in Parlamenten wird es nicht geben. Wir kämpfen auf allen Ebenen für politischen Fortschritt. Für den sozial-ökologischen Umbau. Für Zusammenhalt. Für Frieden. Gegen Krieg. Gegen die Reaktion. Kämpf mit in der LINKEN.



3. März 2017

17.00 Uhr, Filmpalast Eisenhüttenstadt, Werkstraße 2a

20.15 Uhr, Filmtheater Union Fürstenwalde, Berliner Str. 10